

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 10. März 2017, um 20:00 Uhr, im Gemeinschaftsraum der Altenstadthalle

Es waren anwesend:

Von der Gemeindevertretung

SPD-Fraktion

Brando, Markus
Dietzel, Dieter
Seitz, Jürgen
Schilling, Sabine
Agdas, Ali Rizza
Horn, Rebecca ab TOP 10/0155
Fröhlich, Gisela
Voß, Jan
Sulzmann, Peter
Keßler, Dominik

CDU-Fraktion

Lipp, Sabine
Vogler, Daniela
Leonhardt, Falk
Mikusch, Helmut
Wenzel, Anja bis TOP 10/0156
Müller-Winter, Sven
Messerschmidt-Holzapfel, Otto
Stahl, Pia

FWG-Fraktion

Pinsel, Lucia
Urbanek, Klaus-Dieter
Korn, Elke
Ott, Lukas
Müller, Peter
Dr. Jachens, Arne

Bündnis90/die Grünen

Ventulett, Karl
Lederer, Gisela
Reifschneider, Ursula
Lederer, Martin
Heidke, Norbert

FDP-Fraktion

Platen, Christoph
Baumann, Natascha
Bialek, Armin

Vom Gemeindevorstand

Syguda, Norbert
Zientz, Werner
Baumann, Michael
Vogler, Michael
Wehr, Harro
Wörner, Horst
Pfeffer, Claus

Schriftführer

Imhof, Dominic

Es fehlten entschuldigt:

Von der Gemeindevertretung

Keim, Christian
Bauer, Diana
Jeckel, Marcel

Vom Gemeindevorstand

Weil, Günther
Hufnagel, Eva

NPD-Fraktion
 Jagsch, Stefan
 Würz, Tobias

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Jürgen Seitz, eröffnete die Sitzung um 20.03 Uhr, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte alle Anwesenden.

Beschlussfassung:

10/0151 Beschlussfassung über Einwendungen zur Niederschrift

Über die Niederschrift zur 9. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 12. Januar 2017 wurde fristgerecht durch die NPD-Fraktion folgender Einwand erhoben:

Die Zusatzfragen zum Tagesordnungspunkt 09/0148 wurden von Herrn Bürgermeister Syguda nicht in dieser Form beantwortet. Des Weiteren handelt es sich bei der im Nachhinein beschriebenen Antwort immer noch nicht um eine Einschätzung des Bürgermeisters. Diese Frage kann nur von ihm selber beantwortet werden und nicht wie beschrieben vom geschäftsführenden Vorstand.

Beschlussfassung:

Der Einwand der NPD-Fraktion wurde mit 2 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zurückgewiesen.

10/0152 Mitteilungen und Bericht des Bürgermeisters

1. Nach erfolgter europaweiter Ausschreibung wurde der Auftrag zur Lieferung eines Rüstwagens (Fahrgestell und Aufbau) für die Freiwillige Feuerwehr Altstadt zum Preis von 304.190,18 € incl. MwSt. an eine Firma aus Hohenlinden vergeben.
 Im Rahmen der gleichen europaweiten Ausschreibung wurde der Auftrag zur Lieferung der Beladung für den neuen Rüstwagen zum Preis von 56.349,83 € incl. MwSt. an eine Firma aus Neukirchen vergeben.
2. Der Gemeindevorstand hat sich dazu entschieden, die in diesem Jahr stattfindende Jubiläen mit den Partnerstädten Beauchamp (20 Jahre) und Kazimierza Wielka (10 Jahre) nicht im Rahmen des Altstadtfestes/der 1250-Jahr-Feier, sondern als gesonderte Jubiläumsveranstaltung Ende Oktober 2017 durchzuführen.
3. Zur Unterstützung der Schülergewinnung an der Limeschule Altstadt wurde dem Schulelternbeirat eine Summe von 4.000 Euro zu

Werbezwecken zur Verfügung gestellt.

4. Dem Heimat- und Geschichtsverein Oberau e.V. – HUGO wird für die Durchführung der Jubiläumsveranstaltung zur 750-Jahr-Feier von Oberau eine finanzielle Unterstützung von bis zu 20.000 Euro gewährt.
5. Einer Firma aus Büdingen wurde der Auftrag zur Sanierung des Daches auf dem Kindergarten Lindheim in Höhe von 75.324,56 € incl. MwSt. erteilt.
6. Die Gemeinde Altstadt und die Stadt Büdingen haben für ihr gemeinsames Projekt (Demokratie Leben) für das Jahr 2017 eine Zuwendung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Höhe von bis zu 100.000 Euro erhalten.

10/0153 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern

Herr Bernhard Krawczyk von der Freiwilligen-Agentur Altstadt fragte an, wo zukünftig das Büro der Freiwilligen-Agentur untergebracht werde, da das Mietverhältnis für die Räumlichkeiten in der Hanauer Straße 14 von der Gemeinde Altstadt gegenüber dem Eigentümer aufgekündigt wurde.

Bürgermeister Syguda bestätigte, dass der Mietvertrag gekündigt wurde. Die Laufzeit ist jedoch noch ungewiss. Mit der Nachbarschaftshilfe wird in Kürze ein Termin stattfinden. Die Einladungen hierfür sind bereits per Post rausgegangen.

10/0154 Antrag der SPD-Fraktion: Audit Beruf und Familie (vorher TOP 08/0130 vom 02.12.2016)

Über diesen Tagesordnungspunkt hat der Haupt- und Finanzausschuss am 23.01.2017 beraten und folgende Beschlussempfehlung abgegeben:

Der Ausschuss kommt zu dem Ergebnis, dass die erhaltenen Informationen durch den Vortrag in den einzelnen Fraktionen besprochen werden sollen, da aber der Gemeindevorstand für entsprechende Umsetzungen zuständig ist, wird dieser beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten und vorzulegen. Weiter wird angeregt, dass der Vortrag von „Audit Beruf und Familie“ im Gemeindevorstand noch einmal gehalten wird.

Die FDP-Fraktion stellte daraufhin folgenden Ergänzungsantrag:

Vor einer Entscheidung wird geprüft, ob mit dem Audit „Familiengerechte Kommune“ ggf. ein größerer Mehrwert für die gesamte Gemeinde erzielt werden könnte. Dazu sollte zur Sitzung des

Ausschusses für Sport, Kultur und Soziales gleichzeitig ein Vertreter von „Familiengerechte Kommune e.V.“ eingeladen werden, um die Inhalte dieses Audits vorzustellen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde der Vorschlag unterbreitet, dass der Antrag mit der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an den Gemeindevorstand verwiesen werden soll. Der Termin zur „Audit Beruf und Familie“ soll wie empfohlen im Gemeindevorstand behandelt werden. Die Fraktionsvorsitzenden sollten jedoch erst zu dem Unterpunkt „ Audit Familiengerechte Kommune“ hinzugeladen werden.

Gegend diesen Vorschlag der SPD-Fraktion erhob sich kein Widerspruch.

10/0155 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung sowie den Haushaltsplan 2017 mit Anlagen der Gemeinde Altenstadt (vorher TOP 09/0146 vom 12.01.2017)

Investitionsprogramm:

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, die vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagene Einstellung von 20.000 € für die Erstellung eines Gutachtens für die Bausubstanz der Kita Lindheim zu streichen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2017 sowie vom 21.02.2017 wurde anschließend zum Investitionsprogramm folgender Beschluss gefasst:

Für die Erweiterung oder Bau einer neuen Kita in der Gemeinde Altenstadt werden in 2017 Planungskosten in Höhe von 20.000 € neu eingestellt.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeindevorstand beauftragt, die Kinderzahl und ihre Entwicklung für die einzelnen Ortsteile darzustellen.

Bei Investitions-Nr. 2.90079 (Seite 53) „GWG Anschaffung von Hundetoiletten“ wird der Planansatz von 1.000 € um 1.000 € auf 2.000 € erhöht.

Auf Seite 44 „unten“ soll bei Investitions-Nr. 3.00122 „Neubeschaffung LF 1016“ der eingesetzte Ansatz von 70.000 € im Erläuterungstext inhaltlich erläutert werden.

Hinsichtlich der Umsetzung des Spielplatzkonzeptes (Seite 45 Invest. Nr. 2.90074) ergeben sich gemäß GVO-Beschluss 035/0411 vom 14.02.2017 Gesamtkosten in Höhe von 44.700 €. Der Planansatz in Höhe von 147.000 € bei Invest. Nr. 2.90074 ist um 102.300 € auf 44.700 € zu reduzieren. In den Erläuterungstext sind die Umsetzungsmaßnahmen für die einzelnen Spielplätze einzustellen.

Bei dieser Gelegenheit ist zu überprüfen, ob die Seilbahn auf dem Spielplatz „Eselsweg“ auf dem Spielplatz „Amselweg/Fasanenweg“ aufgestellt werden kann. Falls ja, ist auf dem Spielplatz „Eselsweg“ ein Ersatzspielgerät aufzustellen.

Auf dem Dach der Kita Lindheim sind für eine Photovoltaikanlage 17.000 € „Neu“ im Investitionsprogramm für 2017 zu veranschlagen (Beschluss GVO Nr. 030/0346 vom 20.12.2016).

Für die Anschaffung eines Hochdruckreinigers für den Bauhof sind im Plan 2017 Mittel in Höhe von 2.800 € „neu“ zu veranschlagen.

Bei Invest. Nr. 2.40014 „Anbau Umkleieräume Gymnastikhalle Höchst“ (Seite 46) sind in 2017 noch Gewährleistungsmittel auszuzahlen. Da seinerzeit vorhandene Haushaltsreste nicht mehr übertragen wurden, sind hierfür Mittel in Höhe von 1.000 € einzustellen.

Hinsichtlich der Anträge der FSG Altstadt und des FSV Lindheim zur Dacherneuerung an den Sportheimen wird unter der Investitions-Gruppe 16 „Gemeindeeigene Gebäude/Wohngebäude“ (Seite 53) eine neue Investitions-Nr. mit der Bezeichnung „Dacherneuerungen von Sportheimen“ gebildet und mit einem Planansatz von 40.000 € für 2017 versehen. Die entsprechenden Baumaßnahmen sind von der Gemeinde auszuschreiben und zu leiten. Falls Ansatzüberschreitungen entstehen, sind diese bis zu einer Höhe von 20.000 € überplanmäßig zu genehmigen.

Dem Investitionsprogramm auf den Seiten 42 – 55 wird mit den vorgenannten Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Stellenplan:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Stellenplan für die Kindertagesstätten wird um 0,6 Stellen erhöht, da in der Kita Höchst ein Inklusionskind zu betreuen ist.

Im Bereich der Verwaltung werden 2 zusätzliche Planstellen bereitgestellt. Da die Organisationsuntersuchung final noch nicht abgeschlossen ist, werden diese zunächst dem Hauptamt zugeordnet. Die Einstufung erfolgt für die eine Stelle nach Entgeltgruppe 12 und für die andere Stelle nach Entgeltgruppe 9a.

Dem Stellenplan wurde im Übrigen mit den vorgenannten Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Ergebnishaushalt:

Die FWG-Fraktion beantragte den am 06.11.2015 unter TOP 47/0749 Kinder- und Schülerbetreuung-Zuschuss an den Schülertreff Nepomuk gefassten Beschluss aufzuheben.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellte den Antrag zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der FWG-Fraktion.

Anschließend wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Antrag der FWG-Fraktion wird abgelehnt.

Der Beschluss erfolgte mit 16 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen.

Brando, Markus	Nein
Dietzel, Dieter	Nein
Seitz, Jürgen	Nein
Schilling, Sabine	Nein
Agdas, Ali Rizza	Nein
Horn, Rebecca Victoria	Nein
Fröhlich, Gisela	Nein
Voß, Jan	Nein
Sulzmann, Peter	Nein
Keßler, Dominik	Nein
Lipp, Sabine	Ja
Stahl, Pia	Ja
Vogler, Daniela	Ja
Leonhardt, Falk	Ja
Mikusch, Helmut	Ja
Wenzel, Anja	Ja
Müller-Winter, Sven	Ja
Messerschmidt-Holzapfel, Otto	Ja
Pinsel, Lucia	Ja
Dr. Jachens, Arne	Ja
Urbanek, Klaus-Dieter	Ja
Korn, Elke	Ja
Ott, Lukas	Ja
Müller, Peter	Ja
Ventulett, Karl	Nein
Heidke, Norbert	Nein
Lederer, Gisela	Nein
Reifschneider, Ursula	Nein
Lederer, Martin	Nein
Platen, Christoph	Nein
Baumann, Natascha	Nein
Bialek, Armin	Nein
Jagsch, Stefan	Ja
Würz, Tobias	Ja

Die NPD-Fraktion stellte zum Ergebnishaushalt folgende Anträge:

1. Streichung der Mittel für Kostenstelle 6993180 Aufwand für Integration in Höhe von 39.900 €.
2. Streichung der Mittel für Kostenstelle 6139000 sonstige weitere Fremdleistungen in Höhe von 4.275 €.
3. Die vorgesehenen Mittel der Kostenstelle 61173000 Fremdreinigung soll um 50% auf 2.137,50 € reduziert werden.

Es wurde anschließend folgender Beschluss gefasst:

Der Antrag der NPD-Fraktion wird abgelehnt.

Der Beschluss wurde mit 2 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2017 wurde anschließend folgender Beschluss gefasst:

Produkt 111001 „Gemeindliche Gremien“ (Seite 60):

Bei Sachkonto 6780000 „Aufwendungen für Aufsichtsrat...“ werden die bereits veranschlagten Mittel von 300 € je Ortsbeirat um 50 Cent pro Einwohner erhöht. Die Erhöhung um 50 Cent pro Einwohner wird mit einem Sperrvermerk versehen, bis der Gemeindevorstand Richtlinien für die Mittelverwendung erstellt hat. Dadurch ergibt sich eine Erhöhung des Planansatzes von 59.660 € um 6.000 € auf 65.660 €.

Produkt 111801 „Grundstücksverwaltung“ (Seite 96):

Betrifft Sachkonto 5004100 „Umsatzerlöse aus der Verpachtung...“: Beim Wohnhaus Lindheim (Diakonie/Altenstädter Straße) ist von der Verwaltung zu prüfen, ob eine bestimmte Anzahl von Parkplätzen umliegenden Anwohnern zur Pacht angeboten werden kann.

Produkt 126001 „Aufgaben des Brandschutzes“ (Seite 126):

Das Sachkonto 6880000 „Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung“ ist im Plan 2017 und 2018 um jeweils 3.600 € zu erhöhen. Es handelt sich hierbei um den Erwerb von 2 weiteren C-Führerscheinen begründet mit der Neubeschaffung der schwereren Fahrzeuge in Höchst (MLF) und Oberau (LF 10 Kat-S).

Produkt 365010 „Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten“ (Seite 192):

Entsprechend der Stellenplanerhöhung bei der Kita Höchst (Inklusionskind) um 0,6 Stellen ergeben sich nachfolgende Veränderungen der Planansätze in 2017:

Sachkonto 6201000: Erhöhung um 20.400 € (KTR 36501014)

Sachkonto 6470000: Erhöhung um 1.600 € (KTR 36501014)

Sachkonto 6401000: Erhöhung um 4.000 € (KTR 36501014)

Produkt 365110 „Kinder- und Schülerbetreuung“ (Seite 202):

Zum Sachkonto 7128070 „Zuschuss Betreuungsschulen Altenstadt, Lindheim, Höchst“:

Die Verwaltung wird an den FWG-Antrag zur Aufhebung des Sperrvermerks erinnert. Gemäß Beschluss der GVE vom 02.12.2016 (08/0125) sollten offene Fragen aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 28.11.2016 geklärt werden. Weiterhin sollte beim Wetteraukreis angefragt werden, wie dieser die Förderung an die Betreuungsschulen verteilt.

Produkt 367010 „Förderung der Wohlfahrtspflege...“ (Seite 210):

Die Planansätze beim Sachkonto 7128000 „Zuschüsse für laufende Zwecke...“ werden ab 2017 um jährlich 1.800 € erhöht (Büdingen Tafel + 800 € sowie 5 x 200 € siehe Erläuterungstext Seite 210).

Produkt 541010 „Straßenunterhaltung, Beleuchtung ...“ (Seite 252):

Der Erläuterungstext auf Seite 252 unten zu Sachkonto 6165000 ist abzuändern in "Straßenunterhaltung".

Produkt 573010 „Betrieb von Gemeindehallen und Bürgerhäusern“ (Seite 313):

Für den Blitzschutz der Villa Höchst sind 4.000 € vorzusehen. Der Planansatz bei Sachkonto 6161000 „Instandhaltung Gebäude“ ist von 68.400 € um 4.000 € auf 72.400 € zu erhöhen.

Die hinsichtlich des Stellenplans beschlossenen Veränderungen betreffend die 2 zusätzlichen Stellen für die Verwaltung sind final noch in den Ergebnishaushalt einzuarbeiten.

Dem Ergebnishaushalt wird mit den vorgenannten Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde mit 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen wird mit den aufgezeigten Veränderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde mit 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

10/0156 Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 der Gemeindewerke Altstadt (vorher TOP 09/0147 vom 12.01.2017)

Investitionen:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

Die veranschlagten Mittel bei Invest. Nr. 7.50007 „Erneuerung Heidestraße“ (Seite 391) sind von 94.000 € um 30.000 € auf 124.000 € zu erhöhen und die Bezeichnung auf „Erneuerung der Wasserleitung Heidestraße mit Teilbereich Unterstraße“ zu ändern. Bedingt durch den Bruch eines Schieberkreuzes soll die Maßnahme vorzeitig ausgeführt werden.

Die vorgesehenen Mittel bei Invest. Nr. 7.50009 „Erneuerung Wasserleitung Unterstraße“ (Seite 391) im Finanzplan 2018 sind von 235.000 € um 30.000 € auf 205.000 € entsprechend zu reduzieren.

Dem vorliegenden Investitionsprogramm der Gemeindewerke Altstadt wird mit den vorgenannten Änderungen zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Erfolgspläne:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

Den vorliegenden Erfolgsplänen der Gemeindewerke Altstadt wird zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Wirtschaftsplan:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

Dem vorliegenden Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Altstadt wird zugestimmt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

10/0157 Prüfung einer möglichen Wohnbaufläche im Bereich „In der Wolfskehle / Huhlache / Rohräcker“ in der Gemarkung Altstadt (vorher TOP 04/0053 vom 01.07.2016)

Die Gemeindevertreter Otto Messerschmidt-Holzappel sowie Daniela Vogler und der Beigeordnete Michael Vogler verließen gemäß § 25 HGO – Widerstreit der Interessen – den Sitzungsraum.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr hat in seiner Sitzung am 22.02.2017 folgende Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung abgegeben:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den Bereich „In der Wolfskehle / Huhlache / Rohracker“ in der Gemarkung Altenstadt auf Grundlage der Variante 2 des Planungsbüros Fischer, Linden, für die Ausweisung als Wohnbaufläche zu prüfen.

Die FDP-Fraktion stellte daraufhin den Antrag, die Empfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Verkehr um folgenden Satz zu ergänzen:

Dazu gehört auch eine schriftliche Stellungnahme des Verkehrsplaners IMB-Plan zu dem Ansinnen, die Umgehungsstraße L 3189 als „Ortsstraße“ in der gleichen Streckenführung zu belassen, anzufordern und unmittelbar der Gemeindevertretung vorzulegen.

Die SPD-Fraktion stellte daraufhin folgenden weiterführenden Antrag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, hinsichtlich der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Verkehr und des Ergänzungsantrages der FDP-Fraktion entstehenden Planungs- bzw. Prüfkosten auf der Grundlage der Variante 2 zu ermitteln und der Gemeindevertretung vorzulegen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit 23 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen. Eine Abstimmung über die übrigen Anträge hatte sich somit erledigt.

10/0158 Antrag der SPD-Fraktion: Verkehrsentschleunigung Heegheimer Straße (Lindheim) (vorher TOP 08/0131 vom 02.12.2016)

Auf Empfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Verkehr vom 22.02.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung an die Straßenverkehrskommission der Gemeinde Altenstadt überwiesen. Das Ergebnis ist anschließend dem Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr zur weitergehenden Beratung vorzulegen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

10/0159 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Altenstadt vom 10.01.2010

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag des Bürgermeisters an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

- 10/0160 Antrag der FDP-Fraktion auf Prüfung des Beitritts zum Verein „Wirtschaft, Regionalentwicklung, Wetterau e.V.“ sowie der „TourismusRegion Wetterau GmbH“; ursprünglich TOP 05/0074 vom 09.09.2016

Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde der Tagesordnungspunkt an den Haupt- und Finanzausschuss zur weitergehenden Beratung überwiesen.

Der Beschluss wurde mit 22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen gefasst.

- 10/0161 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „Zwischen den Waldecken Oberau Süd Teil I – 1. Änderung“ vom 04.10.1996 für den Teilbereich des Spielplatzes Töpferstraße, Westseite Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauGB

Auf Empfehlung des Gemeindevorstandes wurde folgender Beschluss gefasst:

Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauGB

Für den Teilgeltungsbereich des Spielplatzes Töpferstraße, Westseite, des Bebauungsplanes Nr. 30 „Zwischen den Waldecken Oberau Süd Teil I – 1. Änderung“ vom 04.10.1996 wird ein Änderungsverfahren durchgeführt. Die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung).

Im Rahmen der Änderung soll der Spielplatz zwischen der Straße „Am Borngraben“ und der Töpferstraße zwischen den Hausnummern Töpferstr. 27 a und 31 von der Festsetzung als Spielplatz in Allgemeines Wohngebiet (WA) geändert und somit eine Bebauungsmöglichkeit geschaffen werden. Ein Fußweg zwischen den beiden Straßen soll erhalten bleiben. Die derzeitigen Textfestsetzungen zum gesamten Bebauungsplan werden überarbeitet.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

- 10/0162 Erlass einer Veränderungssperre nach den §§ 14 und 16 BauGB für das Kerngebiet der Ortsdurchfahrt Altstadt (B 521), Änderung des § 4 der Veränderungssperre, Beschluss der Gemeindevertretung vom 12.01.2017

Auf Empfehlung des Gemeindevorstandes wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Beschluss vom 12.01.2017, TOP 09/0144, zum Erlass einer Satzung zur Verhängung einer Veränderungssperre für das Kerngebiet der Ortsdurchfahrt Altstadt (B 521) wird in § 4 wie folgt geändert:

§ 4

Die Veränderungssperre tritt am Tage nach Vollendung der Bekanntmachung in Kraft. Nach Ablauf von 2 Jahren tritt die Veränderungssperre außer Kraft.

Sie endet vorzeitig, wenn der Bebauungsplan innerhalb der Zweijahresfrist rechtsverbindlich wird.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

10/0163. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Energetische Erschließung des Neubaugebietes Oberau-Süd Teil III

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen haben folgenden Antrag gestellt:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Für das zu erschließende Baugebiet Oberau-Süd Teil III wird für jegliche Wohnbebauung eine Bauweise nach Passivhausstandard verbindlich vorgeschrieben.

Alternativ:

2. Das Baugebiet „Oberau Süd Teil III“ wird an das in der Waldsiedlung vorhandene Fernwärmenetz angeschlossen. Eine Anschlusspflicht für alle Gebäude ist anzustreben.

Alternativ:

3. Die Gemeinde errichtet und betreibt ein Blockheizkraftwerk in Eigenregie. Als Energiequelle dient "Biogas„. Eine Verbindung an das vorhandene Gasnetz in Limeshain ist anzustreben. Ein eigenes Fernwärmenetz versorgt das Baugebiet mit Wärme, der produzierte Strom dient dem Eigenverbrauch bzw. wird in das öffentliche Netz eingespeist.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragten weiterhin den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr zu überweisen.

Es wurde anschließend folgender Beschluss gefasst:

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr überwiesen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

10/0164 Antrag der FDP-Fraktion: Festlegung der Vorgehensweise zur Umsetzung des neuen Haushaltsrechts

und

10/0165 Anfrage der FDP-Fraktion zu den Jahresabschlüssen der Gemeinde Altenstadt

und

10/0166 Anfrage der FDP-Fraktion zur Wahlscheinbeantragung im Internet

Die vorgenannten Tagesordnungspunkte wurden aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer nach § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Altenstadt vertagt.

10/0167 Anfragen aus der Gemeindevertretung

1. Es wurde angefragt, warum bei der Begehung mit dem ADAC vor den Grundschulen die jeweilige Schulleitung nicht mit einbezogen wurde.
Bürgermeister Syguda erwiderte hierauf, dass ihm dies nicht bekannt gewesen sei. Der ADAC habe seine Stellungnahme zwischenzeitlich abgegeben. Es gibt wenig bis gar keine Möglichkeiten, Änderungen herbeizuführen. Dies sei letztendlich nur über eine Änderung des Elternverhaltens möglich.
2. Es wurde darauf hingewiesen, dass am 27.03.2017 Herr Domes und Herr Karger von der Wetterauer Wirtschaftsförderung zu Gast bei der FDP in Büdingen sind. Hier wird u.a. dargestellt bzw. vorgestellt, was man hinsichtlich der Belebung des Einzelhandels etc. alles tun kann.
3. Es wurde angefragt, wann man mit der Vorlage des Bedarfs- und Entwicklungsplanes, des Ergebnisses der Organisationsuntersuchung und des Termins mit „Audit Beruf und Familie“ im Gemeindevorstand rechnen kann.
Bürgermeister Syguda antwortete hierauf, dass zum Bedarfs- und Entwicklungsplan inhaltliche Änderungen in Abstimmung mit dem Kreisbrandinspektor und dem Verfasser des Bedarfs- und Entwicklungsplanes noch erfolgen müssen. Die Vorlage des überarbeiteten Bedarfs- und Entwicklungsplanes durch den Verfasser wird voraussichtlich Ende April erfolgen.
Die Organisationsuntersuchung in der Verwaltung ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird in der 12. KW dem Bürgermeister zur Verfügung gestellt. Anschließend erfolgt eine Dienst- und Personalversammlung mit den Bediensteten im Rathaus, bevor das Ergebnis den gemeindlichen Gremien dann zur Verfügung gestellt wird.
Zum „Audit Beruf und Familie“ im Gemeindevorstand teilt Bürgermeister Syguda mit, dass schnellstmöglich entsprechende Vorschläge durch den Gemeindevorstand unterbreitet werden.
4. In Oppelshausen ist eine Erddeponie entstanden. Hierzu wurde angefragt, ob diese genehmigt sei und wenn ja, nach welchen Richtlinien. Darüber hinaus wurde angefragt, ob es darüber Protokolle gibt, was angeliefert wurde und ob diese Protokolle eingesehen werden können.

Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass er selbst erst in dieser Woche über diese Erddeponie erfahren habe. Die Verwaltung sei bereits daran, alle hier aufgerufenen Fragen zu klären. Er werde über das Ergebnis spätestens in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung wenn nicht sogar zuvor in einer Ausschusssitzung berichten.

5. Es wurde angefragt, ob der Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 10/0164 „Antrag der FDP-Fraktion: Festlegung der Vorgehensweise zur Umsetzung des neuen Haushaltsrechts“ bei der nächsten Sitzung des Ältestenrates bereits mit behandelt werden kann.
Vorsitzender Seitz teilte hierzu mit, dass hiergegen keine Bedenken bestehen.
6. Vorsitzender Seitz teilte mit, dass die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 31. März 2017 um 20.00 Uhr im Gemeinschaftsraum der Altenstadthalle stattfinden wird.

Ende der Sitzung: 22:56 Uhr

Altenstadt, den 13. März 2017



Imhof
Schriftführer

Seitz
Vorsitzender der
Gemeindevertretung